

Beschluß des Bundestages:

Abrüstung oder Atomwaffen!

Dramatischer Ausgang der viertägigen außenpolitischen Bundestagsdebatte

Bonn (ap/dpa). Zum Abschluß der viertägigen dramatischen Redeschlacht um die künftige Außen- und Wehrpolitik der Bundesrepublik hat die Koalitionsmehrheit des Bundestages in der Nacht zum Mittwoch der Regierung die Vollmacht erteilt, die Bundeswehr mit modernsten (atomaren) Waffen auszurüsten, falls die internationalen Abrüstungsgespräche nicht innerhalb der nächsten zwei Jahre zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

In der fast elfstündigen Abschlußdebatte legten noch einmal acht Sprecher der Bundesregierung und der Regierungsparteien sowie neun Sprecher der Opposition die Argumente beider Seiten dar.

Drei Regierungsmitglieder — Bundeskanzler Adenauer, Außenminister von Brentano und Verteidigungsminister Strauß — bekannten sich noch einmal nachdrücklich zur NATO-Politik, die mit allen Konsequenzen weitergeführt werden müsse, um die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten. Dies schließe auch die Bereitschaft zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr ein. Nur wenn die Sicherheit der Bundesrepublik gefestigt sei, bestehe Aussicht, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu erreichen.

Diese Ansicht wurde in der Debatte von den Abgeordneten Gerstenmaier, Martin, Frau Rehling, Kiesinger (alle CDU) und Schneider (DP) unterstützt. Sie betonten, daß die atomare Ausrüstung der Bundeswehr der Abschreckung dienen soll, um einen Krieg zu verhindern. Die von ihnen herbeigewünschte Entspannung und Abrüstung würden nach ihrer Ansicht nicht auf dem Wege über den von der Opposition befürworteten Rapacki-Plan zur Schaffung einer atomfreien Zone in Mitteleuropa erreicht.

Den Argumenten der Regierung und der Koalition setzten die Sprecher der Opposition noch einmal ihre schon in den Vortagen geäußerte Warnung entgegen, daß eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr ein

Schritt zur Verewigung der Teilung Deutschlands wäre.

Für die SPD legten die Abgeordneten Heinemann, Ollenhauer, Erler, Bechert, Frau Herklotz und Carlo Schmid dar, daß nach ihrer Ansicht die Wiedervereinigung Deutschlands nur erreicht werden könne, wenn es gelingt, die Großmächte in der mitteleuropäischen Spannungszone auseinanderzurücken. Aus diesem Grunde setzten sie sich dafür ein, den Rapacki-Plan als Ausgangspunkt für Verhandlungen zu nehmen. Gegen die Drohung mit Atomwaffen und ihre mögliche Verwendung führten sie völkerrechtliche, ethische und wissenschaftliche Argumente ins Feld.

Die Abgeordneten Mende, Achenbach und Bucher (FDP) vertraten den Wunsch ihrer Partei nach Verhandlungen der vier Großmächte über einen deutschen Friedensvertrag. Nach ihrer Ansicht sprechen nicht nur politische, sondern auch militärische Gründe gegen eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr.

Die größere Angst

K.W.B. Vorigen Sonntag wünschten wir hier, die außenpolitische Debatte des Bundestages möchte die so dringend notwendige Klarheit für unsere politischen Entscheidungen erbringen. Wie immer man diese dreitägige Riesenschlacht bewerten mag, der wir alle mit Empfindungen sehr zwiespältiger Art beigewohnt haben: Klarheit hat der wohl größte Meinungskampf des deutschen Nachkriegsparlamentarismus erbracht, Klarheit darüber, daß die Bundesrepublik mit dem Recht, zur Schutzgemeinschaft der freien Welt zu gehören, auch die dazugehörigen Pflichten wird übernehmen müssen. Das Ja zu einer möglichen atomaren Bewaffnung der Bundeswehr ist, obwohl diese Entscheidung faktisch noch nicht verlangt ist und auch erst zu einer Frist nach Jahren Tatsache werden kann, ohne Winkelzüge und ohne Entschuldigung nicht nur vom Regierungschef und seinen Ministern, sondern auch von einer ganzen Serie von Sprechern der Regierungspartei ausgesprochen und begründet worden. Die Argumente, mit denen diese Pflicht mit Leidenschaft und Logik vorgetragen worden sind, hatten deshalb so schweres Gewicht, weil sie durchweg einer unpopulären Sache das Wort reden mußten.

Natürlich ist es ein unangenehmes Geschäft, dem Volke sagen zu müssen, es habe vermutlich in den kommenden Jahren damit zu rechnen, daß auch seine Soldaten mit einigen dieser Waffen ausgerüstet werden müssen. Im vorhinein haben diejenigen auf den breiten Beifall des Volkes rechnen dürfen, die gegen eine solche Zumutung einfach ihr protestierendes Nein setzten. Insofern kämpfte die Opposition, die sich vereinfachend auf die allgemeine, menschliche Abneigung gegen das Gefährliche und das Gefährdende verließ und stützte, fraglos auf der psychologisch günstigeren Plattform. Aber es ging in dieser Debatte und geht von nun an auch in der öffentlichen Diskussion um weit Ern-

sterns als um solche primitiven Gegensätzlichkeiten. Der ganze Bundestag, einschließlich der Befürworter einer späteren atomaren Ausrüstung der Bundeswehr, erwies sich als eine einheitliche Phalanx gegen die Schrecken des Atomkrieges und gegen die Anwendung jeglicher Atomwaffen. Leider mußten die auf schwieriger Ebene kämpfenden Regierungsvertreter ihren hitzigen Kontrahenten aus der Opposition immer wieder zu Bewußtsein bringen, daß in ihrem Verständnis für die Modernisierung des westlichen Schutzes das Gegenteil einer Vorliebe für die Anwendung solcher Kampfmittel beschlossen liege.

Wenn über Waffen gesprochen wird — und dies ist in diesen drei Tagen weit über Gebühr geschehen —, dann drängt sich leicht die Meinung auf, daß die, die für sie sprechen, die Bösen, und die, die gegen sie reden, die Guten seien. Nie wäre eine derartige Vereinfachung des Eindrucks gefährlicher als heute; denn wenn niemals mit Offenheit und Redlichkeit sich kriegsunwillige Politiker hier für den Gebrauch von militärischen Schutzmitteln eingesetzt haben, dann ist es in diesen Tagen der Leidenschaft geschehen. Die Politik der Sicherheit, die aus dem Lager der Regierung mit so vehementer Überzeugung betrieben wird, dient im Grunde der Aufgabe, die Angst zu beseitigen. Das ist ebenso notwendig wie schwierig, weil die Angst über dem ganzen Debakel unserer nationalen und menschlichen Situation nicht nur lauert, sondern durch einen Schwarm von Gefühlen, gewollt und ungewünscht, in letzter Zeit immer mehr beflügelt wird.

Dem Hörer dieser großen Auseinandersetzung von Bonn prägte sich das beklemmende Gefühl auf, daß er nur noch zwischen zwei Ängsten in dieser Zeit zu wählen habe; der Angst vor dem Bolschewismus oder der Angst vor der Atombombe. Es ist klar, daß die Atombombe mit ihren nicht voll ausdenkbaren Unwägbarkeiten die Herzen und die Gefühle der Menschen tiefer trifft und treffen muß, als solches politisches Phänomen, wie es die Macht

der Sowjetunion und ihre mehr oder weniger erkennbaren politisch-militärischen Absichten sind. Das spielt in der Aktion an, die heute unter der so simplen Parole „Kampf dem Atomtod“ in Frankfurt aus sozialdemokratischer Initiative gestartet wird. Es findet seinen Ausdruck in so manchen Bekundungen moralischer, religiöser oder rein menschlicher Herkunft. All dies richtet sich gegen das Grausige, das Furchterliche, das Böse der Atomwaffe an sich. Wer stünde nicht zu solcher Bewegung und zu solcher Gesinnung? Man muß sich erinnern, daß vor Jahren die sowjetische Unterschriftenliste für die „Achtung der Atombombe“, als die sowjetische Produktion noch nicht soweit war, nicht nur die sowjetische Bevölkerung, sondern auch die gesamte Einwohnerschaft der kommunistisch regierten Staaten müheelos auf eine Unterschriftenliste von vielen Millionen setzte. Wenn man dazuhält, was inzwischen hinter dem Eisernen Vorhang geschehen ist und geschieht, dann wird man verstehen, was es für ein absurdes Spiel mit dem Gefühl sein muß, in der freien Welt aus Abstimmungen oder Bewegungen „gegen den Atomtod“ politisches Kapital zu schlagen! Die sowjetische Diplomatie unterstützt solche Mobilisierung der menschlichen Empfindungen.

Die Alternative: Angst vor Moskau oder Angst vor der Atombombe, bricht nämlich in sich zusammen, wenn man wirklichkeitsgetreu zu erkennen vermag: die Sowjetunion konzentriert beide Ängste auf sich. Sie hat die Atombombe, die Raketen und alle nuklearen Waffen, und sie hat dazu den Plan, weiter in die westliche Welt vorzurücken und sie zu beherrschen. Der Verzicht auf die Verteidigung gegen einen möglichen Angriff, den wir aussprechen könnten, bewahrt uns weder vor der Bombe, noch gibt er uns Sicherheit, unser freies Leben zu führen.

Wir haben erlebt, wie die Macht, die uns und Europa gewinnen will, in diese so entscheidende Bonner Debatte bis zur letzten Stunde noch einzugreifen bemüht war.

Dulles: Der Preis ist sehr hoch

Sowjets wollen vier Mächte von Deutschland-Frage entbinden

Washington (ap). Die Vereinigten Staaten betrachten die jüngste sowjetische Note zur Gipfelkonferenz nicht als das letzte Wort des Kremls. Diese Feststellung verknüpfte der amerikanische Außenminister am Dienstag mit den Worten, daß der bisher von den Sowjets geforderte Preis außerordentlich hoch sei. So z. B. sei eine der Preisforderungen das Ende der gemeinsamen Verantwortlichkeit der vier ehemaligen Besatzungsmächte für die Wiedervereinigung Deutschlands. Dulles sagte, er nehme an, daß der Kreml zu weiteren Verhandlungen bereit sei. Die Vorbereitung der Konferenz auf höchster Ebene biete Raum für ein berechtigtes Geben und Nehmen.

Mit drastischen Worten erklärte der US-Außenminister, eine Annahme der sowjetischen Vorschläge zur Tagesordnung würde bedeuten, daß die Vereinigten Staaten auf einer Gipfelkonferenz „bis aufs Hemd ausgezogen“ würden. Moskau versuche mit seinen Forderungen, die Westmächte zur Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Sowjetzonen-Regierung zu zwingen. Damit solle sich der Westen mit der Teilung Deutschlands abfinden. Dulles betonte erneut die amerikanische Auffassung, daß eine künftige Gipfelkonferenz an das Genfer Vierertreffen und die dort getroffenen Abmachungen über Deutschland anknüpfen müsse. Er versicherte, daß er mit seiner Stellungnahme zu den sowjetischen Vorschlägen nicht andeuten wolle, er zweifle an dem Zustandekommen einer Gipfelkonferenz. Die USA seien bei annehmbaren Bedingungen weiterhin zu einem Treffen bereit.

Damit beantwortete der Außenminister zunächst mündlich die neue sowjetische Note an Washington auf die in den

„In drei Monaten oder gar nicht“

Moskau (dpa). Der sowjetische Parteisekretär Chruschtschow hat erneut verlangt, daß die geplanten Verhandlungen der Regierungschefs in den nächsten drei Monaten zustande kommt. Falls die Konferenz bis dahin nicht stattfinden würde, könnte sie nach Ansicht Chruschtschows überhaupt nicht mehr zustande kommen.

westlichen Hauptstädten allgemein negativ reagiert wurde. Von offizieller Seite der US-Hauptstadt wurde die Ansicht vertreten, die Sowjetunion wolle eine Gipfelkonferenz offensichtlich zu einem „Propagandazirkus“ machen.

Erhard in den USA

DT. Daß der Bundeswirtschaftsminister zu Besuch in den Vereinigten Staaten weit, wird auch dahin ausgelegt werden, daß die augenblickliche bewölkte konjunkturelle Situation es für die Amerikaner reizvoll erschienen ließ, die Meinung Erhards zu hören, bevor man etwa die massiven Mittel gegen die „Rezession“ zum Einsatz bringt, über die heute soviel gesprochen wird. Aber diese Reise sollte schon vor einem Jahr stattfinden, als sich die Vereinigten Staaten noch auf dem Höhepunkt der Konjunktur befanden. Erhard mußte damals abblasen und holt die Reise heute lediglich nach. Zweifellos bedarf es auch heute nicht mehr einer solchen Reise über den Atlantik, um sich über die Konjunkturpolitik zu verständigen. Die Vereinigten Staaten und Europa sind wirtschaftlich und institutionell so miteinander verbunden, daß eine laufende Konsultation selbstverständlich ist.

Darüber hinaus bleibt die persönliche Orientierung an Ort und Stelle, das persönliche Gespräch nützlich. Der Bundeswirtschaftsminister wird dazu in Amerika — wie das Reiseprogramm erkennen läßt — genug Gelegenheit und Aufgeschlossenheit finden. Und

Demonstration am Karfreitag

Berlin (dpa). Die Kinder im Bezirk Leipzig sollen den diesjährigen Karfreitag im „Zeichen der Vorbereitung auf den fünften SED-Parteitag“ begehen. Das hat der Bezirksvorsitzende der staatlich gelenkten Kinder-Organisation „Ernst Thälmann“ nach einem Bericht des FDJ-Zentralorgans „Junge Welt“ auf der letzten Sitzung der Zentralleitung dieser Organisation mitgeteilt. Am Karfreitag soll eine „Karawane“ von Leipzig aus in vier Kreisstädte entsandt werden, um die Mitglieder der kommunistischen Kinderorganisation der Sowjetzone „Pioniere“ dieser Kreise zusammenzurufen.

sicher wird er auch eigene Gedanken zu vertreten wissen, die die Abhängigkeit Europas von den USA nahelegen. Erhard, der in der Vergangenheit mehr als einmal gezeigt hat, daß er wirtschaftliche Entwicklungen intuitiv vorausahnt, wird gewiß auch aus Amerika als der Optimist zurückkommen, als der er uns bekannt ist. Gerade in den letzten Wochen hat er sich angesichts der sich häufenden und oft übertrieben negativ interpretierten Wirtschaftsmeldungen aus den USA betont optimistisch über die weitere Entwicklung unserer Konjunktur geäußert. Das war nicht nur Zweckoptimismus. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa herrscht die zversichtliche Gewißheit, daß man mit den Konjunkturproblemen fertig wird. Diesseits und jenseits des Atlantiks haben die Zentralbanken und die Regierungen eingegriffen, als die Hochkonjunktur auszuarten drohte. Ausartungen nach oben zu verhindern, ist die erste Voraussetzung dafür, daß es auch gelingt, tiefe Täler des Konjunkturablaufs zu vermeiden. Das wird auch gelingen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Evangelische Bischöfe bei Adenauer

Meinungsaustausch über Atomwaffen

Bonn (dpa). Während sich im Bundestag die große außenpolitische Aussprache ihrem Ende näherte, hatte der Bundeskanzler im Palais Schaumburg ein längeres Gespräch mit Vertretern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland über Probleme der Atomwaffenbewaffnung. Die Vertreter der evangelischen Kirche, darunter die Bischöfe Dibelius, Lilje, Hertrich, D. Kunst sowie Präses D. Beckmann, erläuterten die Beschlüsse des Zentralkomitees des Ökumenischen Rates sowie des Exekutivausschusses der Kirche für internationale Angelegenheiten zur Atomfrage, die allen Regierungen zuganglich sind. Die Bischöfe brachten die tiefe Gewissensfrage der evangelischen Christen in aller Welt über die Kernwaffenversuche und die Herstellung von Atomwaffen mit der sich daraus ergebenden Gefährdung der Menschheit zum Ausdruck.

Der Bundeskanzler erwiderte nach einer Mitteilung des Bundespresseamtes, daß auch er von der gleichen Sorge wie die Kirche erfüllt sei. Er halte es daher für die Hauptaufgabe der Bundesregierung, jeden möglichen Schritt zu einer allgemein kontrollierten Abrüstung zu unterstützen. Das vom Exekutivausschuß der Kirche ausgearbeitete Fünf-Punkte-Programm für eine stufenweise Entspannung der gegenwärtigen Weltlage finde deshalb seine volle Zustimmung. Dabei sehe er es freilich als notwendig an, daß die beiden ersten Forderungen, nämlich eine Einstellung der Kernwaffenexperimente und der Produktion von Kernwaffen, gleichzeitig verwirklicht werden. Es sei aber die Pflicht der Bundesregierung, für die Freiheit und Sicherheit des Volkes Sorge zu tragen.

Die Delegation des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland würdigte die schwere Gewissensentscheidung, vor die bei den nuklearen Waffen Bundesregierung,

Bundestag und Volk gestellt sind. Die Delegation bat in diesem Zusammenhang nachdrücklich, nichts unversucht zu lassen, die Menschheit von der Sorge zu befreien, in der sie heute lebt, und damit auch einen Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands zu leisten. Der Bundeskanzler erklärte, daß auf dieses Ziel alle Bemühungen seiner Regierung gerichtet seien.

Neuer Posten für Schirdewan

Archivleiter in Potsdam — Angriff gegen Opportunisten

Berlin (dpa). Der vor kurzem aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee der SED ausgeschlossene ehemalige Kaderchef Karl Schirdewan soll nach einer Mitteilung des Informationsbüros West zum Leiter der staatlichen Archiv-Verwaltung in der Sowjetzone ernannt worden sein. Der Staatssekretär im Innenministerium, Herbert Grünstein, soll den wegen „Fraktionstätigkeit“ und „Verstößen gegen das Parteistatut“ gemäßigten Parteifunktionär am Wochenende in Potsdam in sein neues Amt eingeführt haben. Die Stelle war seit Anfang des Jahres vakant.

Der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, Kurt Seibt, hatte noch am Sonntag im Parteiorgan „Neues Deutschland“ eine ideologische Abrechnung mit der „opportunistischen Gruppe Schirdewan—Wollweber und andere“ gefordert.

Zersetzungsmaterial für Soldaten

Aus der Sowjetzone wird tonnenweise Material zur Zersetzung der Bundeswehr mit dem Ziel eingeschleust, das Vertrauensverhältnis zwischen den Soldaten, den Vorgesetzten und der Staatsführung zu trüben, sie zur Fahnenflucht zu veranlassen und die NATO zu diskriminieren. Wie am Montag aus dem Verteidigungsministerium verlautete, werden von bestimmten Stellen der Sowjetzone Millionenbeträge für dieses Material ausgegeben. Die Zersetzungsschriften — meist Flug-

Delegation ohne Dolmetscher

Berlin (epd). Kirchenrat Lic. Karl Rose, der Leiter des Kirchlich-Slawistischen Instituts der Ostberliner Humboldt-Universität, der die in Moskau befindliche kirchliche Delegation als Dolmetscher begleiten sollte, wurde der bereits mit russischem Visum versehene Paß von den sowjetzonalen Behörden nicht ausgehändigt. Die kirchliche Delegation mußte ihre Reise ohne eigenen Dolmetscher antreten.

blätter oder Zeitschriften — gehen vielen Soldaten in verschlossenen Briefen zu. Die Absender sind entweder gefälscht oder mißbraucht. Oft werden angebliche Verbände, ehemalige Offiziere oder Soldaten, die nicht mehr bei der Truppe sind, Lottereeinnehmer, Versicherungen, Verlage oder Reisebüros als Absender genannt. Unter dem Material befinden sich ebenso „Reklame“-Anzeigen mit zersetzischem Inhalt, wie „Reiseprosperkte“, gefälschte Geldscheine, „Schulbücher“, angebliche Liederbücher oder wissenschaftliche Schriften, Operntextbücher, „Anleitungen“ der Bundespost zur Benutzung eines Postscheckkontos oder gefälschte Zeitungen aus der Bundesrepublik, die alle unauffällig aufgemacht sind.

Zeitschriften mit „Pin-up-Girls“

Bundeswehrrsoldaten erhielten auch die in der Sowjetzone hergestellte reißerisch aufgemachte Zeitschrift „Die Kaserne“. Sie wendet sich hauptsächlich an dienende und künftige Soldaten, außerdem an die Angehörigen und die Bevölkerung. In einer nicht ungehobelten Aufmachung, durchsetzt mit Bildern attraktiver „Pin-up-Girls“, greift sie die Bundeswehr allgemein, aber auch Offiziere, den Verteidigungsminister und Bundeskanzler Adenauer sowie die Bundesregierung an. Andere Zersetzungsschriften sind „Der Soldatenfreund“ und „Tabu“.

1948: Im Jahr der Entscheidungen ..

... wurde der TAG gegründet — Die erste Nummer erschien vor 10 Jahren

Wir gewinnen Abstand von den Jahren der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Deutungen werden präziser, sachlicher, kritischer. Die Tage vor 25 Jahren mit ihren bisher so umstrittenen Ereignissen rund um die „Machtergreifung“ wurden reif für echte historische Darstellung. Der Krieg selbst erfährt allmählich über die Broschüren und Rechtfertigungsbücher der Generale hinaus seine Beschreibung ohne vordergründige Tendenz. Objektivität wird angestrebt. Der zeitliche Abstand ist heilsam. Was allerdings erst vor zehn Jahren geschah — ist das schon jetzt „reif“ für eine klärende, gültige und bleibende Untersuchung?

Die Frage sollte besser zur Forderung werden: sich dieses Jahres 1948 zu erinnern, sich der Ereignisse vor genau zehn Jahren überhaupt wieder bewußt zu werden und dadurch zu erkennen, daß 1948 fraglos für uns das denkwürdigste Jahr der ersten Epoche nach dem Zusammenbruch gewesen ist.

Eine Zeitung in solcher Zeit zu gründen, sich also inmitten äußerlicher Unsicherheit zur täglichen Herausgabe von Nachrichten und Meinungen zu entschließen, mag ökonomisch ein Wagnis sein, wird aber zur publizistischen Notwendigkeit. Diese war allein bestimmend, den Tag vom 23. März 1948 an erscheinen zu lassen.

Den Herausgebern und Redakteuren war nicht lange Zeit zur Vorbereitung geblieben. Als sie nach zweijährigem Bemühen, im sowjetischen Zonenbereich eine journalistische Tätigkeit nach demokratischen Presseprinzipien zu entfalten von den Sowjetoffizieren teils abgesetzt wurden, teils aus Solidarität mit den gemäßregelten Kollegen freiwillig eine durch Kontrolleure und Spitzel unerträglich gewordene Arbeit in Ostberlin aufsagten, war das keine Kapitulation, sondern das Gegenteil. Es galt, die Erfahrungen mit dem sowjetischen System künftig zu nutzen, die Erlebnisse und engen Verbindungen mit Hunderttausenden von Lesern in Mitteldeutschland möglichst zu bewahren und von Westberlin aus eine politische Linie lebendig zu erhalten, die bereits im Frühjahr 1948 als „gesamtdeutsche“ Aufgabe angesehen wurde. Denn wenn auch

die Spaltung des Landes und der Stadt noch nicht vollzogen war, so konnte diese gefährliche Tendenz längst nicht mehr übersehen werden.

Die Kenntnis von der Gefahr der journalistischen Abhängigkeit und die Verpflichtung nicht nur für eine Stadt, gaben dem aktuellen Zeitungstitel die erläuternde Kennzeichnung: „Unabhängige Zeitung für Deutschland.“ Schon die erste Nummer verzichtete bewußt auf jene trügerische Effekthascherei äußerlicher Gestaltung, die von Boulevardblättern in den letzten Jahren mit wenig publizistischer Verantwortung, dafür aber mit um so bedenklieheren kaufmännischen Unbedenklichkeiten praktiziert wird. Der TAG verzichtete darauf, sich selbst anzupreisen, tönende Programme und hohle Versprechungen zu verkünden. Sofort packte er die wichtigste politische Meldung und präsentierte sie seinen Lesern.

Es ging damals um die „Zukunft des Kontrollrates“, dieses Instrumentes der alliierten Zusammenarbeit in der Verwaltung und Gestaltung des geschlagenen Deutschland, das längst stumpf geworden war. Sowjetzone und Westzonen hatten sich verschiedenartig entwickelt, politisch wie wirtschaftlich. Der große Irrtum der Roosevelt-Ära von Jalta und Teheran, mit den Sowjets echte demokratische Freundschaft auch nach dem Kriege halten zu können, war längst erwiesen, am schmerzlichsten wohl für die Amerikaner selbst. Jakob Kaiser, erfahren im Umgang mit Sowjets und SED, schrieb

darüber als Herausgeber in der ersten Nummer der Zeitung: „Es waren auch nicht nur interessenpolitische Gründe, an denen sich die vermeintliche Einigkeit der Alliierten als Fiktion erwies. Es war die ideologische Kluft. Der Irrtum lag in der Annahme, die neue Weltmacht der Sowjetunion würde als Repräsentant einer totalitären Idee darauf verzichten, diese Idee auch in den anderen Ländern durchzusetzen.“

Mahnende Worte, die heute, genau zehn Jahre später, die gleiche Gültigkeit besitzen. Damals, 1948, mußte Kaiser feststellen: „Die Welt litt drei Jahre daran, daß man glaubte, durch Zureden, Abwarten und Nachgeben die Starrheit einer Doktrin auflockern zu können.“ Und heute? Müssen heute nicht die gleichen Worte mit um so größerer Bitterkeit wiederholt werden, angesichts der gewissen Ost-Experten in Westdeutschland, welche die gleiche Taktik gegenüber Moskau vertreten möchten, die nur mit Mißerfolg von den Westalliierten bis zum Jahr 1948 angewendet wurde? Es lohnt sich gelegentlich doch, in alten Zeitungen zu lesen; denn was dort steht, ist nicht immer nur für einen flüchtigen Tag geschrieben worden...

Sowjet-Marschall Sokolowski hatte am 20. März 1948 mit lautem Krach den Alliierten Kontrollrat im Kleistpark verlassen. Der TAG brachte das letzte Bild der vier alliierten Soldaten mit ihren Flaggen, die jeweils vor den Sitzungen gehißt worden waren. Damit nahm die Zeitung gleich in ihrer ersten Nummer gewissermaßen Abschied von einer Institution, in der sich immer noch die Militärs gegenübermaßen, während die Deutschlandpolitik längst auf die direkte Regierungsbasis gezogen worden war.

Der Ärger der Sowjets über die Eingliederung der drei westdeutschen Zonen in das Wiederaufbauprogramm des Marshallplanes, der am 3. April 1948 von Truman unterzeichnet wur-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

de, machte sich in der Boykottierung des Kontrollrates Luft. Der Marshallplan war der Anlaß für versteifte sowjetische Haltung im Jahr 1948. Schon 1947 war bekanntlich der Tschechoslowakei untersagt worden, das Hilfsangebot anzunehmen. Am 25. Februar 1948 erfolgte dann unter sowjetischer Regie der kommunistische Staatsstreich in Prag. Die Sowjets begannen, unfähig für ein ähnliches Aufbauprogramm in den Völkern ihres Machtbereichs, ihre vorgeschobenen militärischen und politischen Positionen in Europa zu sichern

So begann das Ringen um Berlin

Aber der Westen war gewarnt und entschlossen. Die Berliner waren es nicht minder. Selten war die journalistische Arbeit notwendiger, verantwortungsvoller und wirkungsreicher als in den Tagen und Monaten unmittelbarer Gefährdung. Die Attentatsabsicht gegen Berlin wurde diabolisch zu realisieren versucht. Wenige Tage nach seinem Erscheinen, am 1. April, brachte der TAG die Schlagzeile: „Krise des Ost-West-Verkehrs.“ „Verschärfte Kontrollen.“ „Abgestoppte Züge.“ „Proteste ohne Erfolg.“ Die sowjetische Taktik war jedem genauso klar, wie ihr Ziel. Die Insel Lage Berlins sollte ausgenutzt, die Westalliierten so in Schwierigkeiten gebracht werden, daß ihnen nur der Rückzug bleiben würde. Die Berliner selbst aber sollten durch Aushungen, Radikalisierung und Panik reif für die Unterwerfung werden. Um nichts Geringeres ging es doch damals. Der wirtschaftlichen Hilfspolitik Amerikas in Europa stand die alte russische Politik der Knute und Ausbeutung besetzter Länder gegenüber. Dieser Machtkampf, der nicht zuletzt ein ideologischer sein mußte (nach drei Jahren unmöglicher ideologischer Koexistenz), konzentrierte sich in Berlin. Die Stadt war, ungewollt, zum Mittelpunkt der großen Auseinandersetzung geworden.

Schon am Tage später erschien vorausschauend die Schlagzeile: „Die Luftbrücke nach Berlin.“ — Der Westen nahm den Kampf

durch eine Verschärfung der Demarkationslinien, durch Isolierung zur westlichen Welt. Demonstrative, erhöhte Gegenstände in den alliierten Gremien waren nur die logische Folge. Die dunklen Wolken zogen sich über Berlin zusammen. Nach der gelungenen Aktion in Prag sollte die alte deutsche Hauptstadt „genommen“ werden. Wäre das erschütternde Schicksal an der Moldau nicht in Washington, London und Paris erkannt worden, hätte es dort nicht endlich einen Widerstandswillen bewirkt — wer könnte sagen, ob Moskau seine Absichten in Berlin 1948 nicht doch verwirklicht hätte.

auf für sein Prinzip und für den freiheitlichen Teil der Stadt. Das Ringen begann, gefährlich, dramatisch und fast abenteuerlich für die Beteiligten wie für die Beobachter jenseits der Insel auf dem westlichen Festland. In der Mitte des Jahres, am 20. Juni, wurde in Westdeutschland mit dem Geldumtausch die Währungsreform durchgeführt. Es geschah die große Zäsur der Nachkriegszeit. Was die Sowjets für Gesamtdeutschland verhinderten, dem Wiederaufbau überhaupt eine nötige Grundlage zu geben, sollte wenigstens in den drei Westzonen ermöglicht werden. Das war kein Tag der Freude und Genugtuung, es war eine schmerzhaft, notwendige Operation mit vielen Risiken, auch

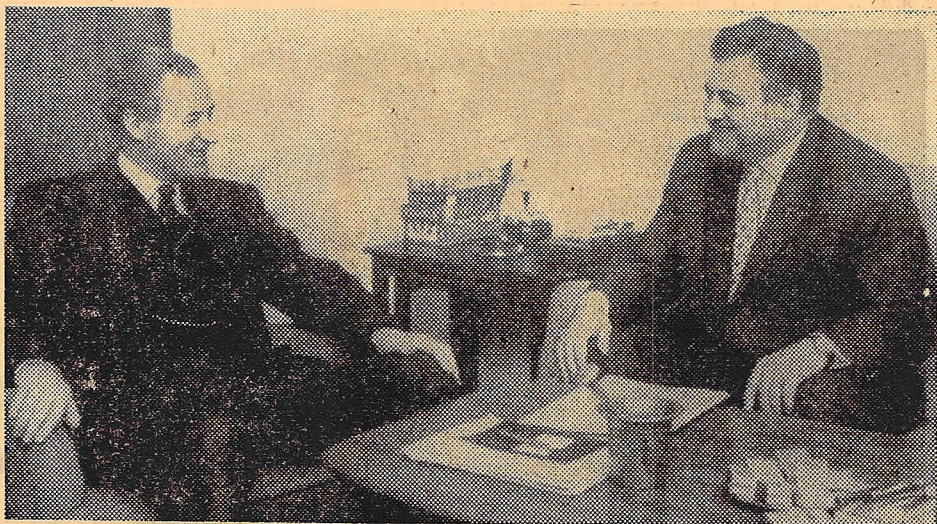
für Westdeutschland. Berlin war zunächst nur neuer Unsicherheit ausgesetzt. Die Sowjets hatten sich darauf vorbereitet; es war klar, daß sie die Situation nützen würden.

Drei Tage später war es soweit. Marschall Sokolowski erklärte, auch für die Sowjetzone würde eine neue Währung unter Einschluss von Großberlin geschaffen, die am 24. Juni beginnen solle. Auch Großberlin müsse vor einer Desorganisation des Geldwesens und vor dem Einströmen des wertlosen alten Westgeldes geschützt werden. In der Nacht zum 23. Juni hatten die Sowjets die Durchführung der Ostzonenwährung auch für Großberlin angeordnet. Am Mittag gaben die Amerikaner, Briten und Franzosen in Berlin einen Gegenbefehl und berieten über Maßnahmen, die neue westdeutsche Währung auch in Westberlin zu verwirklichen. Am Nachmittag kam es zur außerordentlichen Sitzung des Berliner Stadtparlaments. Die Bürgermeister des Ostsektors wurden angewiesen, die sowjetischen Anordnungen zu befolgen; die Bürgermeister der Westsektoren aber, die Anordnungen ihrer Sektoren-Kommandanten auszuführen. Eine andere Lösung konnte der Magistrat in dieser Situation nicht finden. Das bedeutete aber den Bruch der einheitlichen Verwaltung der Stadt. Als Amtierender Oberbürgermeister gab Louise Schroeder Erklärungen vor dem Stadtparlament im Namen des Senats. Eine entscheidende Stunde für Berlin.

Was nie vergessen werden darf

Vor dem Stadthaus kam es zu Demonstrationen, Störungsversuchen und Terroraktionen sogenannter Betriebsdelegierter der SED. Stadtverordnete wurden verprügelt und mißhandelt. Louise Schroeder, auf die es der Mob abgesehen hatte, entging mit Mühe der Mißhandlung, ebenso Bürgermeister Friedensburg, der vor tätlichen Angriffen in das Stadthaus zurückweichen mußte. Die Verlagerung der Verwaltungszentrale aus dem Ostsektor in den Bereich der Westsektoren war schließlich nur noch eine Frage der Zeit.

Auf sowjetische Anordnung setzte am 24. Juni die Blockade Berlins ein mit allen Konsequenzen. Der Bahnverkehr wurde eingestellt, die Lebensmittellieferungen einschließlich der Milch an die Westsektoren verboten. Der USA-Stadtkommandant Oberst Howley gab für Kranke und Kinder Trockenmilch aus alliierten Beständen frei. Zwei Tage später donnerten die Transportmaschinen der Luftbrücke über die Dächer Tempelhofs. Und damit begann das große Unternehmen, das den Sowjets eine Lehre erteilte.



DER BRITISCHE VERTEIDIGUNGSMINISTER Duncan Sandys hatte in Bonn mehrtägige Besprechungen mit Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß. Politische Beobachter sind der Ansicht, daß bei den Gesprächen der britische Wunsch geäußert wurde, enger mit dem Rüstungsdreieck Bonn—Rom—Paris zusammenzuarbeiten.

Herzlich willkommen . . .

DT. Unter diesem Motto begrüßte die Ostpresse eine ungarische Partei- und Regierungsdelegation in Ostberlin. Jene, die in den Novembertagen 1956 mit Sowjethilfe die Träger des Freiheitskampfes brutal niedermachten, wagen sich also aus Budapest hervor bis in die äußersten Punkte des roten Machtbereiches. Ein kläglicher Versuch, sich wenigstens im Ostblock eine gewisse Geltung zu verschaffen. Ungarns KP-Chef Janos Kadar ist zwar nicht mitgekommen, aber sein Ministerpräsident Ferenc Münnich wird ihn angemessen vertreten. Immerhin: Ein kurzer, fast nervöser Empfang auf dem Schlesischen Bahnhof mit auffallend starken Volkspolizeisicherungen deutete darauf hin, daß selbst Pankow den Besuch nicht ganz sorglos hat anrücken sehen. Und außerdem kann mit diesen Repräsentanten eines Regimes, das wie kein anderes im Ostblock von Schuld belastet ist, nicht viel Staat gemacht werden.

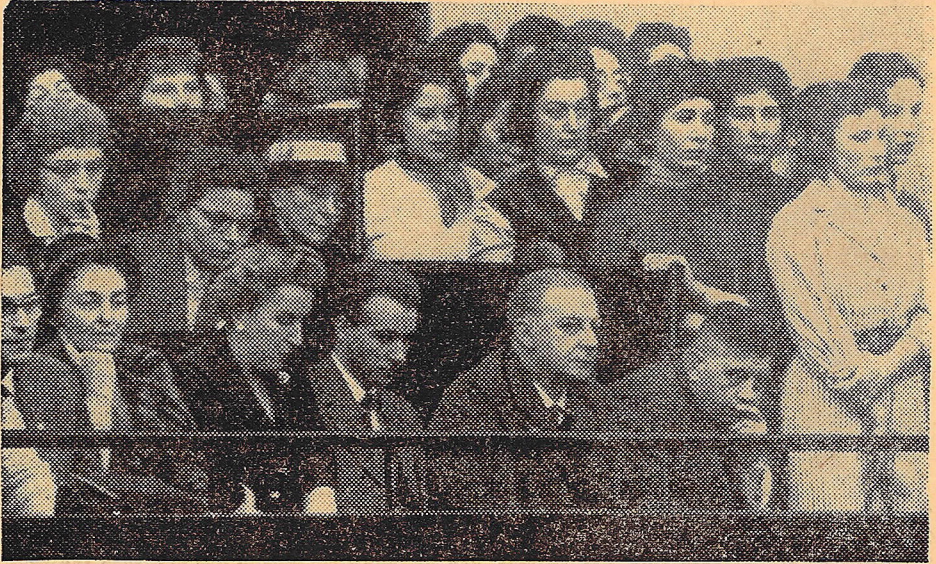
Das „herzlich Willkommen“ klingt also dünn und zaghaft.

Wenn Kadars Trabanten und Schergen jetzt mit Ulbricht für die sogenannte deutsche Konföderation und für den Rapacki-Plan eintreten, so ist das eine Unterstützung mit gegenteiliger Wirkung; wenn weiterhin mit diesem Besuch eine „proletarische Solidarität“ der sowjetzonalen und ungarischen „Bruderparteien“ demonstriert wird, so ist das nur aufschlußreich für das tatsächliche Blutbild der SED. Die Angelegenheit ist peinlich. Und das kann auch nicht weggewischt werden durch die Wiederholung der alten Lüge von der faschistischen Konterrevolution, die sich angeblich gegen das ungarische Volk gerichtet habe und deshalb zu Recht von den Volksfreunden Kadar, Münnich und ihren sowjetischen Genossen niedergeschlagen worden sei.

Wo die Kadar-Leute heute auftreten, wird die ganze Grausamkeit ihrer Tätigkeit, die ganze von ihnen bewirkte Tragik des ungarischen Volkes wieder lebendig. Im eigenen Interesse und in dem ihrer Ost-

blockgesinnungsgenossen sollten sie sich lieber versteckt halten. Wo immer sie auftreten, werden sie Abneigung spüren und Haß. Am Schlesischen Bahnhof hörte man nur vereinzelt Hochrufe bestellter Schreier oder Superfunktionäre.

Hinzu kommt, daß die Ungarn mit dem Wunsch nach einem umfangreichen Handelsabkommen erscheinen. Hinter diesem Besuch steht nicht eine freundliche Einladung Pankows, sondern die Anordnung Moskaus, den Ungarn zu helfen. Bezeichnend ist, daß die gesamte Ostpresse einheitlich in ihren Begrüßungsartikeln den roten Besuchern sozusagen unter die Nase reiben mußte, wie sehr man ihnen bereits geholfen habe, wieviel Geld ausgegeben, wieviel Ware geschickt worden sei, um sie zu stützen und zu unterstützen. Mit weiteren größeren Zuwendungen werden also die Blutsbrüder aus Budapest nicht rechnen können; sie werden mit der Zusicherung ideologischer Verbundenheit vorliebnehmen müssen. Und wieder nach Hause fahren als Gebrandmarkt, die sie sind und immer bleiben werden.



BILDER DER WOCHE. Oben: Reges Interesse spiegelt sich in den Gesichtern der vorwiegend jugendlichen Zuhörern wider, die auf der überfüllten Tribüne des Bundeshauses den Worten der Redner während der großen außenpolitischen Debatte lauschten. — Unten: Die beiden Großen Anfragen wurden von Dr. Gradl (CDU, links) und Dr. Mende (FDP) begründet.

